

URGENT ACTION

Inhaftierte Aktivisten brauchen dringend medizinische Hilfe Kasachstan

Tursynbek Kabi, Batyrbek Baigazy und Yerbol Nurlybayev

8. September 2026

Am 13. April 2026 wurden 19 Mitglieder der Menschenrechtsbewegung *Nagyz Atajurt* verurteilt. Sie hatten friedlich an der Grenze zwischen China und Kasachstan demonstriert. Elf Aktivist*innen müssen für fünf Jahre ins Gefängnis. Drei von ihnen sind schwer krank und brauchen dringend medizinische Hilfe.

Die Aktivist*innen wurden nur deshalb verurteilt und bestraft, weil sie im November 2025 friedlich die Freilassung eines kasachischen Staatsbürgers gefordert hatten, der in China inhaftiert ist. Elf der Aktivist*innen wurden zu Haftstrafen verurteilt, einige davon auf Bewährung. Acht weitere erhielten andere Strafen. Sie alle dürfen nach Verbüßen ihrer Strafen drei Jahre lang nicht mehr politisch tätig sein.

Solche Urteile senden ein abschreckendes Signal an die Menschen in Kasachstan. Sie untergraben die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung, von den die Betroffenen Gebrauch gemacht hatten.

Bitte schreiben Sie einen höflichen Protestbrief (E-Mail, Fax oder Luftpostbrief) mit folgenden Forderungen:

- Bitte sorgen Sie dafür, dass die Verurteilungen und Strafen der 19 *Atajurt*-Mitglieder aufgehoben und alle Inhaftierten sofort freigelassen werden.
- Sorgen Sie auch dafür, dass Tursynbek Kabi, Batyrbek Baigazy und Yerbol Nurlybayev bis zu ihrer Freilassung angemessene medizinische Hilfe erhalten.
- Heben Sie die gegen die Mitglieder von *Atajurt* verhängten Beschränkungen auf und sorgen Sie dafür, dass sie ihre friedlichen Menschenrechtsaktivitäten frei und ohne jegliche Repressalien fortsetzen können.

Bitte schreiben Sie Ihre Protestbriefe möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Kasachisch, Russisch, Englisch oder Deutsch. Schicken Sie eine Kopie an die Botschaft. Bitte verschicken Sie nach dem **19. Oktober 2026** keine Protestbriefe mehr.

Schreiben Sie an den

Generalstaatsanwalt der Republik Kasachstan:

Berik Nogayuly Assylov
Prosecutor General of the Republic of Kazakhstan
14 Mangilik El Avenue, Astana
010000, REPUBLIK KASACHSTAN
(Anrede: Dear Prosecutor General /
Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)

Schicken Sie eine Kopie an:

Botschaft der Republik Kasachstan
S. E: Herrn Nurlan Onzhanov
Nordendstr. 14–17
13156 Berlin
Fax: 030-47 007 125
E-Mail: berlin@mfa.kz

Sie können auch auf unserer Website bei dieser Aktion mitmachen. Dort finden Sie die fertigen Protestbriefe:
<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-actions>

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „[Brief International](#)“, ob die Briefzustellung in das Zielland möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihr Protestschreiben bitte als E-Mail oder Fax. Papierbriefe können auch an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO

SozialBank AG . IBAN: DE23370205000008090100 . BIC: BFSWDE33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Sie können auch auf Englisch schreiben:

- I urge you to do everything within your power to ensure that the convictions and sentences of all 19 *Atajurt* members are overturned, and that those imprisoned are immediately released.
- Pending their release, I urge you to ensure that Tursynbek Kabi, Batyrbek Baigazy, Yerbol Nurlybayev are provided with immediate and appropriate medical care.
- I also call on you to ensure that all restrictions imposed on the *Atajurt* members in Kazakhstan are lifted and that they can continue their peaceful human rights activities freely and without any reprisals.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Atajurt (auch bekannt als *Nagyz Atajurt* – „Wahre Heimat“) ist eine Menschenrechtsbewegung, die Fälle von Menschenrechtsverletzungen an ethnischen Kasach*innen, Uigur*innen und anderen Turk-Minderheiten in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang in China dokumentiert und öffentlich macht. Die Bewegung und ihre Mitglieder sind immer wieder Druck seitens der kasachischen Behörden in Form von Festnahmen, Verwaltungshaft und strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt.

Der aktuelle Fall geht auf eine friedliche Protestaktion zurück, die am 13. November 2025 nahe der kasachisch-chinesischen Grenze in der Region Almaty stattfand. Die Demonstrierenden, unter ihnen viele aus der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang stammende ethnische Kasach*innen, forderten die Freilassung eines kasachischen Staatsbürgers, der seit Juli 2025 in China inhaftiert ist. Gegen die Aktivist*innen wurden zunächst verwaltungsrechtliche Sanktionen verhängt, darunter Geldstrafen und kurzfristige Inhaftierungen. Nach einer diplomatischen Beschwerde des chinesischen Konsulats in Almaty leiteten die Behörden jedoch kurz darauf gegen alle 19 Teilnehmenden ein Strafverfahren gemäß Paragraf 174 des kasachischen Strafgesetzbuchs wegen angeblicher „Anstiftung zu ethnischer oder nationaler Zwietracht“ ein.

Am 13. April 2026 befand das Gericht in Taldykorgan alle 19 Angeklagten für schuldig. Elf Aktivist*innen erhielten fünfjährige Freiheitsstrafen, während acht weitere zu „Freiheitsbeschränkungen“ verurteilt wurden, einer nicht freiheitsentziehenden Strafe, bei der die Betroffenen unter staatliche Aufsicht gestellt und in verschiedenen Bereichen ihres Alltagslebens eingeschränkt werden. Allen 19 Aktivist*innen wurde zudem untersagt, nach Verbüßung ihrer Strafen drei Jahre lang öffentliche oder politische Aktivitäten auszuüben. Am 9. Juni 2026 wurden die Urteile im Rechtsmittelverfahren bestätigt.

Besondere Sorge gilt mehreren inhaftierten Aktivisten, deren Gesundheitszustand sich Berichten zufolge während der Haft verschlechtert hat. Tursynbek Kabi leidet unter einem schweren Hörverlust, der durch Folter, darunter Schläge, verursacht wurde, denen er 2018 während seiner Haft in Xinjiang ausgesetzt war. Außerdem leidet er unter chronischen Schmerzen, Bewegungseinschränkungen und ist auf ein Hörgerät angewiesen. Unterstützer*innen berichten, dass Anträge, ihn aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft in den Hausarrest zu entlassen, abgelehnt wurden. Batyrbek Baigazy hat eine schwere Sehbehinderung und benötigt dringend eine Augen-OP. Yerbol Nurlybayev leidet an einer schweren Erkrankung beider Nieren und benötigt eine fachärztliche Behandlung.

Zwei angeklagte Frauen blieben von einer sofortigen Inhaftierung verschont, da sie kleine Kinder haben. Eine von ihnen ist Nazigul Maksutkhan, eine *Atajurt*-Aktivistin und Menschenrechtsverteidigerin. Während des Verfahrens war Nazigul Maksutkhan schwanger und wurde zunächst unter Hausarrest gestellt. Nach ihrer Verurteilung wurde ihre Freiheitsstrafe von vier Jahren und acht Monaten ausgesetzt und in eine Strafe ohne Freiheitsentzug umgewandelt, da sie ihr Kind versorgen muss.

Die Strafverfolgung der „*Atajurt* 19“ erfolgte vor dem Hintergrund eines umfassenderen Vorgehens gegen *Atajurt*-Mitglieder, Unterstützer*innen und deren Angehörige in Kasachstan. Im Juni 2026 nahmen die Behörden Batikha Bilashkyzy fest, die Schwester von Serikzhan Bilash, dem Gründer der *Atajurt*-Bewegung. Ihre Festnahme schien politisch motiviert zu sein und ließ die Befürchtung aufkommen, dass die Behörden Angehörige von *Atajurt*-Mitgliedern als Vergeltungsmaßnahme für deren Verbindung zur Bewegung ins Visier nehmen. Im April 2026 hatten die Behörden Angehörige inhaftierter *Atajurt*-Mitglieder daran gehindert, zu einem Treffen in der US-Botschaft in die Hauptstadt Astana zu reisen.

